



Presseinformation

Nr. 228/2005

Kiel, Donnerstag, 29. September 2005

Sperrfrist: Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort!

Rechtsmedizin/Innen

Ekkehard Klug: „Geringe Einsparungen zum Preis schwerer Nachteile für Verbrechensaufklärung und Mediziner Ausbildung“

In der Landtagsdebatte zu **TOP 32** (Erhalt der Rechtsmedizin) erklärte der hochschulpolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Dr. Ekkehard Klug**:

„Die geplante Schließung der Lübecker Laborkapazitäten in der Rechtsmedizin ist ein schwerer Fehler.

Sie schadet der Mediziner Ausbildung, die gerade in diesem Fachgebiet in Lübeck – ebenso wie in Kiel - exzellente Bewertungen erhalten hat: jeweils einen der beiden Spitzenplätze bei der Evaluierung der akademischen Lehre in rund 40 medizinischen Spezialgebieten.

Worin besteht überhaupt der Sinn solcher Evaluierungen in Forschung und Lehre, wenn ausgerechnet diejenigen Bereiche, die dabei besonders gut abschneiden, anschließend ‚einen Kopf kürzer gemacht werden‘? Wenn die Landesregierung und die Koalitionsfraktionen darauf erwidern, auch künftig sei ein Ausbildungsangebot entsprechend der Approbationsordnung gewährleistet, dann tun sie so, als gebe es in der Ausbildungsqualität keinen Unterschied zwischen „sehr gut“ und „ausreichend“, sondern nur zwischen „genügend“ und „ungenügend“. Qualitäts- und Leistungsfördernd ist eine solche Haltung ganz sicher nicht.

Mindestens ebenso schwer wiegen die Nachteile der Konzentrationsentscheidung für die Arbeit von Polizei und Justiz.

Zuletzt hat der „SPIEGEL“ in einem Beitrag vom 12. September 2005 auf die bundesweiten Tendenzen zum Abbau der Rechtsmedizin und die damit verbundenen Folgen hingewiesen.

Wenn wissenschaftliche Studien – wie im SPIEGEL zitiert - belegen, dass zum Beispiel im Umkreis rechtsmedizinischer Institute deutlich

Christian Albrecht, Pressesprecher, V.i.S.d.P., FDP Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Landeshaus, 24171 Kiel, Postfach 7121, Telefon: 0431/9881488 Telefax: 0431/9881497, E-Mail: presse@fdp-sh.de, Internet: <http://www.fdp-sh.de/>

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Dr. Heiner Garg, MdL
Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Ekkehard Klug, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Günther Hildebrand, MdL

www.fdp-sh.de

mehr Kindesmisshandlungen mit Todesfolge erkannt werden als anderswo, dann sollte dies den Anhängern der Konzentrationsentscheidung doch zumindest zu denken geben.

Forschungsergebnisse, die auf einen Zusammenhang zwischen Verbrechensaufklärung und der Qualität der Rechtsmedizin verweisen, darf man nach Überzeugung der FDP-Fraktion nicht einfach vom Tisch wischen.

Durch schlechtere Mediziner Ausbildung, eingeschränkte Präsenz von Laboren und weniger Forschung wird die Lage in diesem Bereich eher noch problematischer, als dies angesichts der bislang unbestrittenen Dunkelziffern bei der Verbrechensaufklärung heute schon der Fall ist.

Landesregierung und Große Koalition wollen dies in Kauf nehmen, um Einsparungen zu erreichen, die zuletzt auf gut 400.000 Euro beziffert wurden. Für diesen kargen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung akzeptiert man unseres Erachtens unverhältnismäßig große Nachteile.

Darüber hinaus ist zu bezweifeln, ob der seitens der Landesregierung angegebene Sparbetrag überhaupt realisiert werden kann, weil der Personalbedarf im Falle einer Konzentration der rechtsmedizinischen Labore in Kiel höher sein dürfte, als er bislang veranschlagt wurde. Rechnet man den Bedarf an zwei Stellen – eines Chemikers und eines technischen Assistenten - hinzu, schrumpft der Sparbetrag weiter zusammen.

Unser Fazit lautet daher: Die Pläne der Regierung und der Koalition führen bei magerem finanziellen Ertrag zu einem erheblichen Flurschaden im Bereich der Rechtsmedizin.

Deshalb lehnen wir sie nach wie vor ab.“